Auf zu neuen Ufern?

Island im Jahr nach dem Regierungswechsel: Von EU-freundlichen Sozialdemokraten zu konservativ-liberalen EU-Gegnern

CLEMENS BOMSDORF
Oktober 2014

- Mit der isländischen Wirtschaft ging es nach dem Crash im Jahr 2008 erstaunlich schnell wieder aufwärts. Dennoch verlor die sozialdemokratisch geführte Koalition, die das Land wieder auf Kurs gebracht hatte, die Parlamentswahl 2013.

- Stattdessen gewann die konservativ-liberale Opposition, die traditionell die Macht auf Island hatte und der es nicht gelungen war, die Banken kontrolliert zu privatisieren und so den Fall Islands zu verhindern. Als Aufseher hatten in den letzten Jahren vor dem Crash auch die Sozialdemokraten versagt.

- Mit dem Machtwechsel wurde der EU-Beitritt auf Eis gelegt. Doch scheiterte die neue Regierung mit ihrem Plan, das Beitrittsgesuch komplett zurückzuziehen. Große Teile der Bevölkerung wollen darüber nicht die Politiker alleine entscheiden lassen.

- Bei der Kommunalwahl Ende Mai 2014 haben die Sozialdemokraten in der Hauptstadt Reykjavik gewonnen. Umfragen sehen sie auch landesweit im Aufwärtstrend, wenngleich nicht als stärkste Partei. Eine EU-freundlichere Regierung ist aber wieder denkbar.

Im Oktober 2008 war Island der erste europäische Staat am Rande der Pleite. Das Wirtschaftswunder Islands war zuvor von einigen Ökonomen schon als Blase beschrieben worden.[1] Die amtierende Koalition aus Sozialdemokraten (Samfylkingin, zu Deutsch: Allianz) und Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkur) versuchte dennoch bis zuletzt, das Bild eines stabilen Islands zu zeichnen, konnte den Niedergang aber nicht abwenden.

Es gilt als unumstritten, dass die ungeschickte Privatisierungspolitik der konservativ-liberalen Unabhängigkeitspartei und Fortschrittspartei (Framsóknarflokkurinn), die über Jahrzehnte das Land regierten, zum wirtschaftlichen Zusammenbruch einen wesentlichen Teil beigetragen hat, wenn nicht gar die Hauptursache war.[2]

Die Verlierer als Sieger, auch Dank Anti-EU-Kurs

Dennoch gingen diese zwei Parteien bei der Parlamentswahl Ende April 2013 gemeinsam als Sieger hervor und bilden seither die Regierung. Das Ergebnis[3], das den beiden eine solide Mehrheit von 37 der 54 Sitze bescherte, verwunderte vor allem ausländische Beobachter. Schließlich galten die beiden Parteien als Hauptverantwortliche für die wirtschaftliche Misere des Inselstaates. Es war die mitten in der Krise gewählte und nun scheidende Koalition aus Sozialdemokraten und Linksgrünen (Vinstrihreyfingin – grænt framboð), die das Land zumindest wirtschaftlich abgesichert und wieder auf Wachstumskurs gebracht hatte – wenngleich unter Kapitalkontrollen, das heißt es war und ist ungewiss, welche Folgen es haben wird, wenn diese fallen. Die beiden Parteien erreichten aber nur 14 Sitze, von denen acht auf die Sozialdemokraten entfielen.

Mit einem ihrer Hauptanliegen waren die Sozialdemokraten bei einer Mehrheit der Wähler auf Ablehnung gestoßen: Der Plan, das Land in die EU zu führen, fand nur wenig Unterstützung. Während die größere der beiden ehemaligen Regierungsparteien sich mit dieser Politik und entsprechenden Schritten unbeliebt gemacht hatte, punkteten die Parteien der mittlerweile amtierenden Regierung durch eine ablehnende Haltung. Auf große Zustimmung bei den Wählern stieß auch das Versprechen der Fortschrittspartei, die privaten Haushalte, die sich beim Immobilienkauf übernommen hatten, teilweise zu entschulden.

Anders als in den Jahrzehnten zuvor, in denen Unabhängigkeits- und Fortschrittspartei gemeinsam an der Macht waren, wurde im Frühjahr 2013 die Fortschritts- und nicht die Unabhängigkeitspartei der Seniorpartner der Koalition. Den Posten des Premierministers hat seither Sigmundur David Gunnlaugsson inne. Finanzminister ist Bjarni Benediktsson, der Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei, und das Außenministerium wird von Gunnar Bragi Sveinsson geführt.[4]

Neben der Teilentschuldung der Haushalte und dem Stopp des EU-Beitrittsprozesses sei auch die Beendigung der Kapitalkontrollen eines der Hauptziele seiner Regierung, sagte Gunnlaugsson in seinem ersten Interview mit der internationalen Presse.[5]

EU und Außenpolitik – Nicht gemeinsam, aber auch nicht allein

Island gehört zu jenen westeuropäischen Staaten, die der EU bisher ferngeblieben sind. Zwar ist der Inselstaat seit 1994 im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), aber nur unter der kurzen Phase der sozialdemokratisch geführten Nach-Krise-Regierung war das Land auf dem Weg in den Staatenbund, wenngleich der kleinere Koalitionspartner diesem Schritt damals skeptisch gegenüber stand.

Schon bald nach Amtsantritt im Mai 2013 machte die neue Koalition aus Fortschritts- und Unabhängigkeitspartei sich daran, eines ihrer zentralen Wahlversprechen zu realisieren und strebte keine EU-Mitgliedschaft mehr an. Zunächst wurde das Beitrittsverfahren gestoppt, dann

1. Besonders früh dran war Lars Christensen von Danske Bank: https://notendur.hi.is/ajonsson/kennsla2006/Danske%20Bank%20-%20Geyser%20Crises%20%28Mars%202006%29.pdf

2. Banken wurden an politische Freunde verkauft, statt starke ausländische Institute mit ins Boot zu holen. Die Bilanzsummen wuchsen und wurden zu groß für Institute, die in so einem kleinen Land und Währungsraum zu Hause sind. Doch die Kontrolle war mangelhaft – auch weil *good governance* Posten an politische Vertraute vergeben wurden. Beispielhaft sei hier genannt, dass der ehemalige Premierminister und Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei, *Davíð Oddsson,* Zentralbankchef wurde, seine Rolle als oberster Bankenaufseher aber nicht gut genug erfüllte.

3. Hier das offizielle Endergebnis: http://www.landskjor.is/media/frettir/ElectionsResults_April27_2013.pdf

4. Einen Überblick über sämtliche Regierungsmitglieder bietet http://www.government.is/

5. Siehe Bomsdorf, Clemens: Iceland Premier Aims to End Capital Controls Interview in The Wall Street Journal, 23. Mai 2013, online abrufbar unter http://on.wsj.com/1vM1H1V

das für die Verhandlungen zuständige Komitee aufgelöst. Im Februar 2014 sollte das Parlament außerdem eine Vorlage beschließen, das Beitrittsgesuch zurückzunehmen.

Unter anderem weil Bürger forderten, dass es darüber zu einer Volksabstimmung kommen solle, wurde dieser Beschluss formell noch nicht gefasst. Noch ist unklar, wann der Parlamentsbeschluss erfolgt oder ob dieser gar ausbleibt. Zwar hat sich das Land auch so klar von einer Mitgliedschaft im Staatenbund entfernt, sollte eine spätere Regierung – vermutlich mit sozialdemokratischer Beteiligung – die Beitrittsverhandlungen wieder aufnehmen wollen, so kann dies nach derzeitigem Stand geschehen, ohne wieder bei Null anfangen zu müssen.[6]

Die EU ist weiter an Island interessiert. Das zeigt sich auch daran, dass das im Zuge der Beitrittsbestrebungen eröffnete Delegationsbüro[7] nicht geschlossen wird und dass die EU dem Inselstaat kein Ultimatum gesetzt hat, bis wann es einen Entscheid über den Rückzug des Beitrittsgesuchs gefällt haben muss.

Europa und die EU werden von der Regierung weiterhin als wichtige Partner angesehen. In der im März 2014 verkündeten Europa-Strategie heißt es, dass die Zusammenarbeit mit den EEA-Staaten sowie bilaterale Übereinkommen zukünftig eine größere Rolle spielen sollen. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit EFTA-Mitgliedern. Die Implementierung von EEA-Vorgaben soll beschleunigt werden.[8]

Die neue Regierung setzt ganz klar auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa und der EU, ist aber nicht daran interessiert, Teil der EU-Wertegemeinschaft zu werden. Diese Position ähnelt der Norwegens. In beiden Staaten ist das Nationalgefühl sehr ausgeprägt und von vielen wird eine mögliche EU-Mitgliedschaft nicht als Zugewinn durch Gemeinschaft, sondern als Verlust von Unabhängigkeit gesehen. Anders als Norwegen ist Island aber in einer wirtschaftlich problematischen Situation. Dennoch wird die Gemeinschaftswährung Euro nicht als erstrebenswert angesehen, auch nicht als Ausweg aus den Kapitalkontrollen.[9] Vielleicht auch, weil das Land sich in der jüngsten Vergangenheit positiver als erwartet entwickelt hat und besser dasteht als viele EU-Staaten.[10]

Wirtschaft – Erstaunlich schnell wieder aufwärts

Die isländische Wirtschaft hat sich in den Jahren nach dem Crash überraschend gut entwickelt. Das Land kann in den meisten der wichtigsten Kategorien Kennzahlen vorweisen, von denen viele EU-Mitglieder nur träumen können. Allerdings ist zu bedenken, dass dies unter der Bedingung von Kapitalkontrollen geschehen ist und es nicht ausgeschlossen werden kann, dass das Land wieder in eine kräftige Rezession schlittert, sollten die Kapitalkontrollen aufgehoben werden. Andererseits verhindern die Kontrollen, dass Island komplett in die globale Wirtschaft eingebunden ist.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, die sich im Krisenherbst binnen eines Monats von 2,9 Prozent auf 5,4 Prozent fast verdoppelte und dann bis auf 9 Prozent anstieg, lag im Juli 2014 bei nur noch 4,4 Prozent.[11]

Hohe Inflation ist in Island historisch häufig ein Problem gewesen, so auch nach dem Ausbruch der Krise. Für das Jahr 2009 wurde eine Teuerungsrate von 12,4 Prozent gemessen, 2007 hatte diese noch bei 5 Prozent gelegen. Seither steigen die Preise wieder langsamer – im Jahr 2013 um 3,9 Prozent und für das laufende Jahr rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem Wert von rund 2,5 Prozent, was dem Ziel der Isländischen Zentralbank entspricht. Längerfristiger erwartet der IWF aber wieder höhere Werte.[12]

6. Welchen Status die jeweiligen Kapitel haben kann hier eingesehen werden: http://ec.europa.eu/enlargement/countries/detailed-country-information/iceland/index_en.htm

7. Dessen Internetauftritt hat folgende Adresse: http://eeas.europa.eu/delegations/iceland/index_en.htm

8. Die gesamte Europa-Strategie ist hier abrufbar: http://www.mfa.is/media/esb/Evropustefna-ENS.pdf

9. Auch hier ist eine Parallele zu Norwegen erkennbar, wo die Gemeinschaftswährung Vorteile haben könnte, weil die Aufwertung der Krone durch die Rohstoffexporte und damit die Gefahr der »Dutch Disease« geschwächt würde.

10. Der Status-Bericht der Zentralbank kann hier eingesehen werden: http://www.cb.is/publications-news-and-speeches/news-and-speeches/news/2014/09/19/Economy-of-Iceland-2014/

11. Alle statistischen Angaben stammen soweit nicht anders erwähnt vom Statistischen Amt Islands und sind zugänglich unter www.statice.is.

12. Alle Veröffentlichungen des IWF zu Island sind hier zu finden: https://www.imf.org/external/country/isl/

Export – Von Fischen und Menschen

Island ist bereits im Jahr 2011 auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 um 5,1 Prozent fiel, stieg es 2013 real um 3,5 Prozent, getrieben vor allem durch stark zunehmenden Export.

Tourismus und Energie als Einnahmequelle spielen auf Island eine große Rolle und sollen auch in Zukunft, neben Fisch, Hauptdevisenbringer bleiben. Diese Wirtschaftszweige basieren auf der Nutzung von Naturressourcen und steigender Umsatz geht üblicherweise mit stärkerer Umweltbelastung einher. Die Wachstumsraten in diesen Sektoren sind so stark, dass mittlerweile selbst eine so wirtschaftsfreundliche Institution wie die OECD vor den damit verbundenen Belastungen warnt und Island auffordert, diese einzupreisen.[13]

Während der IWF im Sommer nach dem Regierungswechsel noch vor teuren Wahlversprechen gewarnt hatte, erwarten die Ökonomen in ihrem Bericht vom Juli 2014 eine weitere Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Staatsfinanzen.[14] Es ist aber nicht zu übersehen, dass sie sich vor einer politischen Intervention in die Unabhängigkeit der Zentralbank fürchten. Zwar wurde deren amtierender Direktor in diesem Herbst im Amt bestätigt, doch auch er ließ durchblicken, dass er bei ungünstigen Eingriffen in die Statuten der Bank nicht weiter zur Verfügung stünde. Die Gefahr, dass die Koalition sich erneut in die Politik der Zentralbank einmischt und damit einen Fehler wiederholt, der dazu beigetragen hat, dass Island in die Krise stürzte, ist also real.

Island hat es geschafft, das Minus von 13,2 Prozent des BIP im Jahr 2008 in einen Haushaltsüberschuss von 0,7 Prozent im ersten Quartal 2014 umzuwandeln. Es ist aber derzeit nicht abzusehen, dass dieses Plus bestehen bleibt. Die Gesamtverschuldung ist krisenbedingt weiterhin auf für Island ungewöhnlich hohem Niveau, so dass die OECD zu Anstrengungen mahnt, um bis 2030 die 60 Prozent zu unterschreiten.

Wirtschaftspolitisch ist die amtierende Regierung auf liberalem Kurs. Um den finanziellen Spielraum zu erhöhen, wird die Privatisierung eines Teils des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ebenso diskutiert wie der Verkauf staatlicher Unternehmen. Gleichzeitig ist geplant, die Umsatzsteuer zu reformieren und den niedrigeren Satz zu erhöhen, während der höhere Satz gesenkt werden soll. Die Belastung auf Bücher und Nahrungsmittel würde damit höher, die auf Autos niedriger. Dies und die geplante Kürzung von Arbeitslosenunterstützung haben dazu geführt, dass mehrere Gewerkschaftsführer die liberal-konservative Regierung und den Ministerpräsidenten heftig kritisiert haben.

Die Sozialdemokraten kämpfen sich aus der Defensive

Bei der Parlamentswahl im Frühjahr 2013 haben sich die bis dahin regierenden Sozialdemokraten geschlagen geben müssen. Und nicht nur das: Das Resultat war desaströs.

Der Stimmenanteil fiel von knapp 30 Prozent bei den Wahlen 2009 auf nicht einmal 13 Prozent. Gut 13 Monate später konnte die Partei aber bei der Kommunalwahl Ende Mai 2014 in Reykjavik klar punkten und wurde wieder stärkste Fraktion mit fünf der 15 Sitze und über 30 Prozent der Stimmen.[15] Damit haben die Sozialdemokraten ihre Position in der Hauptstadt ausbauen können und stellen nun wieder den Bürgermeister[16], was historisch längst nicht immer der Fall war.

Auch national hat die Unterstützung für die Sozialdemokraten seit der Wahl im vergangenen Jahr stark zugenommen, ist aber weit von den Werten in Reykjavik entfernt. Laut den Anfang September von Gallup veröffentlichten Umfrageergebnissen, wird die Partei von 19 Prozent der Wähler favorisiert, während die Unabhängigkeitspartei, der derzeit kleinere Koalitionspartner, auf 28 Prozent kommt und die Fortschrittspartei, die aktuell den Ministerpräsidenten stellt, auf 12 Prozent.

Die Sozialdemokraten haben es schwer, sich klar zu positionieren. Einerseits fehlt das passende Personal, andererseits sind linker und rechter Flügel ähnlich stark, so dass sich keine klare Linie durchsetzen kann. Das ist auch

13. http://www.oecd.org/iceland/iceland-must-balance-growth-in-power-and-tourism-industries-with-nature-conservation.htm

14. https://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14339.htm

15. Das offizielle Ergebnis kann hier eingesehen werden: http://www.statice.is/Statistics/Elections

16. Hier ein Interview mit ihm auf Englisch: http://grapevine.is/mag/articles/2014/10/06/reykjavik-meet-your-new-mayor/

historisch bedingt, heißt die Partei doch deshalb Allianz, weil sie durch einen Zusammenschluss von vier Parteien im Mai 2000 entstand. Identifiziert wird die Partei als diejenige, die sich gegen die Klientelpolitik für Reiche der amtierenden Koalition wendet und beispielsweise auf Reformen in Landwirtschaft und Fischerei drängt, damit dort monopolartige Strukturen und Kartelle zugunsten von mehr Wettbewerb eingeschränkt werden und von dem wiederum breitere Bevölkerungsschichten profitieren würden. Auch ist die Allianz klare Pro-EU-Partei, was sie von der Regierung und großen Teilen der Opposition unterscheidet.

Lediglich die Leuchtende Zukunft (Björt framtið) ist dem Staatenbund ähnlich positiv eingestellt, da sie auch sonst einige sozialdemokratische Werte vertritt. Ihr Stimmenanteil wird auf 15 Prozent geschätzt. Grob gesagt stimmen damit insgesamt 34 Prozent der Isländer sozialdemokratisch.

Árni Páll Árnason wurde im Februar 2013 als Nachfolger von Jóhanna Sigurðardóttir, die damals noch Premierministerin war, zum Parteivorsitzenden gewählt. Er gehörte von 2009 bis 2011 als Sozialminister und dann Wirtschaftsminister der Regierung an. Árnason ist Anwalt und hat am Europa-Kolleg in Brügge studiert. Er war zu Anfang seiner Karriere Berater des Außenministers. Im Vergleich zum Spitzenpersonal der Regierung gilt der sozialdemokratische Parteichef als fachlich äußerst qualifiziert, Kritiker vermissen aber Führungsstärke.

Immer wieder wird auf Island spekuliert, wie lange die aktuelle Regierungskoalition halten wird. Der Kurs der Fortschrittspartei ist vielen in der Unabhängigkeitspartei zu populistisch und Umfrageergebnisse, die vorhersagen, dass im Falle einer Wahl die Fortschrittspartei weniger Stimmen bekommen würde als die Unabhängigkeitspartei, verleihen dieser Selbstbewusstsein. Anfang Oktober rief deren Jugendorganisation dazu auf, die Koalition zu verlassen. Sollte die Regierung zerbrechen, könnte es unter Umständen zu einer Zusammenarbeit von Unabhängigkeitspartei und sozialdemokratischer Allianz kommen. Das wäre eine Wiederauflage der Koalition, die bestand, als Island den wirtschaftlichen Zusammenbruch erlebte. Ohne Neuwahl würden die beiden aber gemeinsam eine Parlamentsmehrheit verfehlen und eine Mehrheit ist auch nach einer Wahl bei derzeitigem Stand ungewiss.

Denkbar wäre je nach Wahlausgang auch eine Zusammenarbeit mit der Leuchtenden Zukunft und den Linksgrünen. Dann würden Pro-EU-Parteien die Koalition dominieren und plötzlich wäre eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen wieder in greifbarer Nähe. Womöglich ließe dies auch die Unabhängigkeitspartei mit sich machen, solange die Bevölkerung das letzte Wort hat. Mit Island kann weiterhin gerechnet werden.

Über den Autor

Clemens Bomsdorf ist Journalist mit Schwerpunkt Skandinavische Politik und Kultur. Er war Korrespondent für The Wall Street Journal im Nordeuropa-Büro der Zeitung und schreibt derzeit u. a. für The Art Newspaper und Die Welt. Bomsdorf hat an der Universität Köln Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft studiert und die Stockholm School of Economics mit einem Master of Science abgeschlossen. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung schrieb er bereits über das schwedische System der Künstlervergütung (http://library.fes.de/pdf-files/id/07631.pdf).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Westeuropa / Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
http://www.fes.de/international/wil
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Diese Publikation ist im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stockholm entstanden.

Das FES-Büro in Stockholm (www.fesnord.org)

Das Nordische Büro ist Teil des internationalen Netzwerks der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und umfasst die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden.

Das Büro mit Sitz in Stockholm wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die deutsch-nordische Zusammenarbeit zu fördern. Mit Seminaren und Publikationen trägt das Büro zu einem kontinuierlichen Dialog zwischen Entscheidungsträger_innen und der Zivilgesellschaft in den Nordischen Ländern und Deutschland bei.

Die Arbeit der FES in den Nordischen Ländern konzentriert sich insbesondere auf den Ideen- und Erfahrungsaustausch zu gemeinsamen Herausforderungen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Außenpolitik, wie beispielsweise:

- Erfahrungen aus Wohlfahrtsstaats- und Sozialreformen, insbesondere im Hinblick auf Chancengleichheit, partizipatorische Demokratie und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors;
- Erfahrungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, europäische Integration und Ostseekooperation;
- Erfahrungen auf dem Gebiet Integration- und Migrationspolitik.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ISBN 978-3-86498-990-2

EFQM
Committed to excellence